

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Ergänzung Drucksache 16/10150

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

Der Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wird in der geänderten Fassung der beiden angenommenen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Anlagen) angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 - Haushaltsgesetz 2016 - Drucksache 16/9300 - wurde vom Plenum in seiner 91. Sitzung nach der 1. Lesung am 3. September 2015 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt.

Die Ergänzung zum Haushalt - Drucksache 16/10150 - wurde von der Landesregierung am 12. November 2015 eingebracht.

Der Einzelplan 11 (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) wurde, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales fällt, in dessen Sitzungen am 23. September 2015, 28. Oktober 2015 und 18. November 2015 beraten.

In die Beratungen des Ausschusses floss zudem der Erläuterungsband des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (Vorlage 16/3176) mit ein.

Von der Möglichkeit, nach der ersten Beratung im Ausschuss Fragen an die Landesregierung zu richten, die dann in Form eines schriftlichen Berichtes zur zweiten Beratung beantwortet sein sollten, haben die Fraktionen keinen Gebrauch gemacht.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fand in der Sitzung am 18. November 2015 statt.

B Änderungsanträge der Fraktionen

Zu dem Einzelplan 11 stellten die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zwei gemeinsame Änderungsanträge (vgl. Anlagen). Die Änderungsanträge wurden zur Abstimmung gestellt. Eventuelle weitere Änderungsanträge der Fraktionen werden im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht und dort zur Abstimmung gestellt.

C Abstimmung

Die Abstimmungen über die zwei Änderungsanträge und die Schlussabstimmung über den Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, erfolgten wie folgt:

1. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11050 „Inklusion“, Titelgruppe 80 „Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen“, Titel 686 80 „Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke“

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

2. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11050 „Inklusion“, Titelgruppe 80 „Maßnahmen zur Schaffung der gesell-

schaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen“, neuer Titel „Übernahme von Kosten für Kommunikationshilfen im Rahmen des Inklusionsstärkungsgesetzes“

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen.

In der anschließenden Abstimmung wurde der Einzelplan 11 in der geänderten Fassung, soweit er den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN angenommen.

Günter Garbrecht
Vorsitzender

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;"></td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>2016</td> <td style="text-align: right;">3.575.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>von 3.557.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.657.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Der um 100.000,- € erhöhte Ansatz soll im Rahmen einer nachhaltigen Förderung dem Verein Special Olympics Deutschland e.V. – Landesverband NRW (SOD NRW e.V.) zukommen. SOD ist als Verband mit besonderen Aufgaben Mitglied im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und bietet mehr als 40.000 Menschen mit geistiger Behinderung Wahlmöglichkeiten von behinderungsspezifischen bis hin zu inklusiven Angeboten. Mit den Mitteln soll ein Beitrag zur Stärkung der Inklusion im Bereich des Sportes von und für Menschen mit geistiger Behinderung und des Ehrenamtes im Rahmen der Zweckbestimmung der Titelgruppe 80 „Eine Gesellschaft für alle "nrw inklusiv" geleistet werden.</p>		Ansatz lt. HH 2015	2016	3.575.500 Euro	von 3.557.500 Euro		um 100.000 Euro		auf 3.657.500 Euro		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">Ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	Ja	CDU	Enth.	GRÜNE	Ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	Ansatz lt. HH 2015																						
2016	3.575.500 Euro																						
von 3.557.500 Euro																							
um 100.000 Euro																							
auf 3.657.500 Euro																							
SPD	Ja																						
CDU	Enth.																						
GRÜNE	Ja																						
FDP	Enth.																						
PIRATEN	Enth.																						

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																		
	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen neuer Titel Übernahme von Kosten für Kommunikationshilfen im Rahmen des Inklusionsstärkungsgesetzes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2016</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 400.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Das Inklusionsstärkungsgesetz sieht eine Übernahme der Kosten für Kommunikationshilfen u.a. bei Elterngesprächen in Kindertageseinrichtungen, im Rahmen der Kindertagespflege und in Schulen vor. Die Haushaltsmittel dienen dazu, das Inklusionsstärkungsgesetz umzusetzen.</p>	HH 2016	Ansatz lt. HH 2015	von 0 Euro	0 Euro	um 400.000 Euro		auf 400.000 Euro		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">Ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Ja</td> </tr> </table>	SPD	Ja	CDU	Enth.	GRÜNE	Ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Ja
HH 2016	Ansatz lt. HH 2015																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 400.000 Euro																					
auf 400.000 Euro																					
SPD	Ja																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	Ja																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	Ja																				